

DIE

JUNI 2012

SPITZE

WWW.SPPLUS-WOHLLEN.CH

BOTSCHAFT

KONTAKT: SPPLUS WOHLLEN • POSTFACH 319 • 3032 HINTERKAPPELEN



Sozialdemokratische Partei
Wohlen BE

JA ZUR SCHULSOZIALARBEIT IN WOHLLEN

Worum geht es?

Im Frühling 2010 beauftragten die Gemeinderäte von Wohlen, Bremgarten, Kirchlindach und Meikirch eine breit zusammengesetzte Projektgruppe, eine Bedarfs- und Ressourcenanalyse betreffend die Einführung der Schulsozialarbeit zu erarbeiten. Im Januar 2011 lag diese Analyse vor. Sie zeigte, dass ein Bedarf an Schulsozialarbeit besteht, so dass die Steuerungsgruppe, bestehend aus den je zwei GemeinderätInnen Bildung und Soziales aller vier Gemeinden, den Auftrag erteilte, ein Detailkonzept zur Einführung der Schulsozialarbeit auszuarbeiten.

Die Projektgruppe schlägt mit ihrem Detailprojekt ein regionales Konzept vor. Dafür braucht es drei Stellen, eine für die Schulen Hinterkappelen und Wohlen/Murzelen, eine für die Schulen Uettligen/Säriswil und Kirchlindach sowie eine dritte für die Schulen Bremgarten und Meikirch.

Was bedeutet das für die Schulen von Wohlen?

Auf den 1. Januar 2013 wird, unter dem Vorbe-

halt der Zustimmung durch die Gemeindeversammlung, in allen Schulen die Schulsozialarbeit eingeführt. Im Detail:

Oberstufe Hinterkappelen,
integriert, 25%

Primarschule Hinterkappelen,
integriert, 35%

Primarschulen Wohlen/Murzelen/Matzwil,
ambulant, 20%

Oberstufe Uettligen,
integriert, 30%

Primarschule Uettligen/Säriswil,
ambulant, 20%

Beim integrierten Modell ist der/die SchulsozialarbeiterIn regelmässig zu festen Zeiten präsent, beim ambulanten Modell in einem festen Turnus wöchentlich bis monatlich.

Mit dieser Lösung wird sichergestellt, dass alle Schulen und Kindergärten der Gemeinde Wohlen von der Schulsozialarbeit profitieren können.



Bänz Müller, Gemeinderat,
Vorsteher Departement Soziales

SPPLUS-POLITIK IST AUCH ALTERSPOLITIK

Was bringt Schulsozialarbeit?

Schulsozialarbeit soll die Schulen von der Bearbeitung komplexer sozialer Probleme und erzieherischen Herausforderungen entlasten. Sie unterstützt die Lehrpersonen bei der Früherkennung sozialer Probleme und fördert die Integration von Kindern und Jugendlichen in die Schule. Folgekosten von sozialen Problemen und Schwierigkeiten, wie zum Beispiel Fremdplatzierungen, sollen vermindert werden.

Die Schulsozialarbeit berät und unterstützt möglichst frühzeitig Kinder und Jugendliche, Eltern, Lehr- und weitere Bezugspersonen. Sie nimmt die längst fällige Drehscheibenfunktion zwischen Schulen und Fachstellen, wie zum Beispiel den Sozialen Diensten, wahr. Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot.

Evaluationen in Gemeinden, welche Schulsozialarbeit eingeführt haben, zeigen, dass sie zu einem besseren Klassen- und Schulklima führt, Lehrpersonen entlastet und Eltern bei Erziehungsproblemen unterstützt.

Was kostet die Schulsozialarbeit?

Insgesamt kostet die Schulsozialarbeit für alle vier Gemeinden zusammen jährlich brutto 310'000 Franken. Darin inbegriffen sind die Löh-

ne der SchulsozialarbeiterInnen, der Lohn für die Leitung der Schulsozialarbeit und die Kosten für weitere Auslagen wie Arbeitgeberbeiträge, Versicherungen, Weiterbildungen, usw.

Der Grosse Rat hat in seiner Märzsession 2012 erfreulicherweise entschieden, dass der Kanton 30% der Lohnkosten übernimmt. Dies macht rund 70'000 Franken aus, womit sich der jährlich wiederkehrende Betrag auf 240'000 Franken reduziert.

Zusätzlich fallen einmalige Investitionskosten für Büroeinrichtungen, EDV Hardware usw. in der Höhe von einmalig 82'000 Franken an.

Die effektiven Kosten für jede Gemeinde beziehen sich auf die aktuellen Schülerzahlen. Gerechnet mit den Schülerzahlen 2011/2012 entstehen für die Gemeinde Wohlen Auslagen von 130'000 Franken wiederkehrend und 42'000 Franken einmalig.

KRITISCHE FRAGEN - UND DIE ANTWORTEN DAZU

Warum braucht es das überhaupt? Früher haben die Lehrer dies auch selber gemacht.

Das Aufgabenfeld der Lehrkräfte wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer grösser. Heute erwartet man von der Schule nebst der Vermittlung von Wissen ganz selbstverständlich auch die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben, wie z.B. die Sexualerziehung, den Umgang mit Geld, die Stärkung des sozialen Verhaltens u.a.m. Zudem nimmt die Anspruchshaltung von Seiten der Eltern und der Behörden stetig zu. Dies führt zwangsläufig weg vom Generalistentum und hin zur Spezialisierung.

Ist das für die Lehrkräfte nicht einfach noch eine weitere Stelle, die zu mehr Zeitaufwand wegen zusätzlicher Absprachen und Besprechungen führt?

Natürlich nimmt die Komplexität für die Lehrkräfte zu; dies kann beklagt oder auch als Chance genutzt werden. Letztendlich hängt das von der jeweiligen Lehrkraft ab. Als Chance genutzt, verhilft der Einsatz der Schulso-

zialarbeit den Lehrkräften zu mehr Zeit und Energie für ihre Kernaufgabe, das Unterrichten.

Kann man mit Zahlen belegen, dass die Schulsozialarbeit wirklich etwas bringt?

Die Schulsozialarbeit funktioniert in erster Linie präventiv. Der Nutzen von präventiven Angeboten ist grundsätzlich sehr schwer in Finanzzahlen messbar. Grundsätzlich gilt: Je länger wir warten, desto teurer wird das Problem.

Ist es nicht so, dass die Lehrkräfte für individuelle Lernförderung (AHP, Logo, Lega,...) die Aufgaben der Schulsozialarbeit bereits erfüllen?

Es ist tatsächlich so, dass iLF Lehrkräfte momentan viel Arbeit der Schulsozialarbeit verrichten, dies jedoch eher ungewollt. Eigentlich befassen sie sich mit Lernstörungen, und dies sollte dank Schulsozialarbeit wieder vermehrt möglich sein. Es gilt das Gleiche wie bei den Lehrkräften: Es bleibt mehr Zeit für die Kernaufgaben.

Gemeindepolitik ist Politik für die Gemeinde. Die Gemeinde, das sind alle Menschen, die in Wohlen wohnen. Wohl wollen sie hier wohnen, alt und jung. Das ist das eigentliche Ziel der für die Gemeinde Tätigen, also gemeinnützig wirken: Wohl wohnen, alt und jung. Nur wer hier wohnt, ist hier als Bewohner registriert, also zur Gemein(d)schaft der Wohlenerinnen und Wohlener gehörend, und hat damit den Willen, hier wohl wohnen zu können. So ist es.

Wir stellen fest: In Wohlen wohnen etwa 9000 Menschen. Gut 2/3 davon sind stimmberechtigt, können also bestimmen, wie wohl Wohnen in Wohlen sein soll. Die Hälfte der Stimmberechtigten ist 60-jährig und älter! Im Vergleich zu anderen Agglomerationsgemeinden zeigt Wohlen eine überdurchschnittliche Überalterung und einen überdurchschnittlichen Mangel an jungen Erwachsenen auf.

Die meisten Senioren und Seniorinnen (definieren wir diese mal als 60-jährig und älter) leben in ihren eigenen Wohnungen und Häusern. Wir nehmen an, dass sie dort wohl wohnen, denn sie bestimmen selbst über ihr Eigenes...

Familien mit Kindern waren in der Wohlener Wachstumsperiode (1970 – 1990) mit über 50% in der Überzahl. Heute haben die Haushalte ohne Kinder die Mehrheit übernommen. Mit der Erhöhung des Durchschnittsalters wohnen in immer mehr grossen Wohnungen nur noch 1-2 Personen (vgl. hierzu den Bericht «Bevölkerungsstruktur der Gemeinde Wohlen bei Bern 2011/2012»: www.wohlen-be.ch, Direktzugriff: Seniorenportal Wohlen)

Es gibt eine grosse Nachfrage nach kleineren Mietwohnungen (insbesondere auch von bisherigen EigentümerInnen) in gut versorgter Umgebung, in Siedlungen und Häusern mit Gemeinschaftseinrichtungen (vgl. hierzu Umfrage bei den über 60-jährigen und deren Auswertung, Gemeindeblatt 3/11: «Die Alten melden sich»).

Der Gemeinderat hat mit einem Leistungsauftrag an den Seniorenrat erste Analysen unserer Bevölkerungszusammensetzung ausgelöst. Die Resultate sind überraschend.

SPplus: für eine Generationenpolitik, d.h. eine Gemeindepolitik für alle statt für wenige.

Wir fordern vom Gemeinderat, dass er gestützt auf die Erkenntnisse aus den Berichten des Seniorenrates verbindliche Massnahmen vor-

schlägt, wobei die Bevölkerungsentwicklung mit der Siedlungsentwicklung bewusst, direkt und ortsspezifisch verknüpft sowie aktiv gesteuert wird. Das bedeutet:

Dass in den bestehenden Baugebieten der Dörfer Bereiche zu bestimmen sind, in denen die Wohn- und Unterhaltsbedürfnisse der alternden Bevölkerung mit aktiver Unterstützung der Gemeinde (Planung und Finanzierung) in absehbarer Zeit realisiert werden können.



Dass ein Konzept zu entwickeln ist, das aufzeigt, wie die Unterstützung der älteren Menschen auch durch Selbsthilfemassnahmen quartier- oder siedlungsbezogen erfolgen soll.

Dass der Gemeinderat generationenbezogen ganzheitlich denkt, handelt und kommuniziert.

Die SPplus will sich für eine solche Politik aktiv einsetzen. Sie verlangt vom Gemeinderat, dass er entsprechend handelt, die ganze Bevölkerung offen informiert, so dass sie bewusst mitwirken und mitarbeiten kann. Denn das allein heisst:

«Wohlen, eine Gemeindepolitik als Generationenpolitik. Das heisst: Für alle statt für wenige!»

Martin Gerber

WEM GEHÖRT DER ÖFFENTLICHE RAUM?

Ein Töffli steht vor dem Reberhaus in Uettligen. Ein junges Pärchen sitzt händchenhaltend auf der Bank, daneben zwei Jungs. Unter der Bank liegen Getränkedose, Plastikabfälle, zerbröselte Chips. Es ist 19.30 Uhr, die jungen Leute sprechen miteinander, lachen. Bald komme ich mit den jungen Menschen in ein angeregtes Gespräch und mache darüber Notizen in mein blaues Buch.

Das Reberhaus untersteht dem Departement Liegenschaften, Land- und Forstwirtschaft, dessen zuständige Gemeinderätin ich seit Anfang 2012 bin. Mein Departement hat den Auftrag, die Nutzung des Gemeinschaftszentrums zu optimieren. Das Reberhaus liegt mitten im Dorf und ist mit seinem Platzangebot für bis zu 300 Personen weitherum etwas Besonders. Die Räume stehen ortsansässigen Vereinen und politischen Parteien zur günstigen Nutzung zur Verfügung. Solche öffentliche Räume bedeuten Lebensqualität. Sie gehören uns allen und bieten Möglichkeiten, dort vielerlei zu tun.

Anlässlich einer Besprechung erfahre ich von der zuständigen Hauswartin und den Reinigungsfrauen, wie unangenehm es für sie sei, immer wieder die «Sauerei» ums Reberhaus aufzuräumen. Zigarettenstummel, Getränkedosen, mit Ketchup verschmierte Wände, dazu laute Musik. Die Frauen achten neuerdings darauf, nur dann im Reberhaus tätig zu sein, wenn die Jugendlichen nicht dort sind, da die Zusammentreffen unangenehm seien.

Lärm, Littering, Graffiti, Klagen von Anwohnenden, das sind Phänomene, die heute zunehmend auch in Dörfern auftreten. Das Wort «Littering» bezeichnet die Verunreinigung von Strassen, Plätzen, Parkanlagen oder öffentlichen Verkehrsmitteln durch liegen gelassene Abfälle. Die falsche Entsorgung von Abfällen wirkt sich negativ auf die öffentliche Ordnung aus, führt zu erhöhten Kosten bei den Reinigungsdiensten und zu verminderter Lebensqualität für die Bevölkerung. Übrigens: Auch der Hausbesitzer, der seine Gartenabfälle im nahe gelegenen Wald entsorgt, begeht Littering! Es gibt kein Patentrezept gegen Littering. Studien belegen jedoch, dass grundsätzlich jede Kampagne gegen Littering Erfolg zeigt. Nur so gelingt es zu vermitteln, dass Littering ein sozial unerwünschtes Verhalten ist, das sowohl Mensch als auch Natur schädigt.

Erneut vor dem Reberhaus. Es ist ordentlicher als beim letzten Mal. Ich öffne den Deckel des

übvollen Abfalleimers. Da kommt eine junge Frau auf mich zu und meint, sie hätte mir noch etwas zum Einschreiben in mein blaues Buch. «Wir brauchen einfach einen Ort, an dem wir uns treffen können», sagt sie. «Wir wollen nicht beaufsichtigt sein, wir wollen uns einfach so treffen können».

Die Aussage der jungen Frau macht mich nachdenklich. Einerseits werden Freiräume zunehmend eingeschränkt oder reglementiert. Andererseits werden Jugendliche vor allem als Problem wahrgenommen. Das Potential der Jugend von heute für die Herausforderungen von morgen wird dabei meist unter den Tisch gekehrt; stattdessen wird über Kontroll- und Sicherheitsmassnahmen nachgedacht.

Bei Jugendlichen finden direkte Kontakte überwiegend innerhalb der eigenen Altersgruppe oder Szene statt. Die Verhaltensweisen und Codes von Jugendlichen unterscheiden sich von denjenigen der Erwachsenen. Das muss so sein, denn sie wachsen in einer anderen Zeit auf als die vorherigen Generationen. Wie andere soziale Gruppen eignen sich auch Jugendliche öffentliche Räume an. Dabei werden sie oft laut und von der Umgebung als störend wahrgenommen. In Kombination mit Alkohol kann es zu schwierigen Situationen kommen. Das macht Angst oder ärgerlich. Öffentliche Räume zeichnen sich durch ein dynamisches Spiel von unterschiedlichen Ansprüchen, Bedürfnissen und Empfindungen aus. Heute gibt es nicht mehr einen einheitlich gültigen Standard des Verhaltens im öffentlichen Raum. Wenn wir die Besonderheiten dieser Räume und ihrer Umgebung berücksichtigen, den Mut haben, etwas nicht bis zum Letzten durchzuorganisieren und vermehrt lernen, partizipativ zu planen, schaffen wir nutzungsfreundliche Räume. Öffentliche Räume bilden eine wichtige Grundlage zur Identifikation, sie sind Orte der Demokratie. Als solche wirken sie als verbindende Netze und Strukturen - in baulicher wie in sozialer Hinsicht. Lösungen können nur mit allen Beteiligten gefunden werden, und das immer wieder von neuem.



Ursula E. Brunner
Gemeinderätin LLF Wohlen und
SP-Grossrätin